

Startkapital fürs Leben verlangt

BILDUNG Um gegen hoch qualifizierte Zuwanderer zu bestehen, soll die hiesige Bevölkerung künftig über ein Bildungskapital verfügen. Eine Idee mit Zündstoff.

MAX FISCHER
schweiz@luzernerzeitung.ch

Die Personenfreizügigkeit macht die Bildung für Einheimische noch wichtiger. Jeder Einwohner der Schweiz soll deshalb bei der Erreichung der Volljährigkeit ein Bildungskapital von 40 000 bis 70 000 Franken erhalten. Nach Lehrabschluss, Matura oder Schulabbruch soll damit jeder individuell seinen eigenen Bildungsweg gestalten und mit dem sogenannten Bildungskapital auch selber finanzieren können.

Dies empfehlen zwei Wissenschaftler der Uni Freiburg: Reiner Eichenberger, Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik, und Anna Maria Koukal, Assistentin am Departement für Volkswirtschaft. Weiter schlagen die beiden Wissenschaftler vor, dass die weitgehend staatlich finanzierten Universitäten, Fachhochschulen und anderen Institutionen der tertiären Bildung entlastet werden: Die Studenten sollen mit deutlich höheren und kostenabhängigen Studiengebühren die Ausbildung wenigstens teilweise selber mit Geld aus dem eigenen Bildungskapital bezahlen.

Bildungsanreize schaffen

Und wenn sich jemand nicht weiterbildet? Kann er sich dann mit dem Geld eine Weltreise oder ein tolles Auto kaufen? «Keineswegs», betont Eichenberger. «Was bis zur Pensionierung nicht für Bildung benötigt wird, fliesst ins Alterssparkapital der zweiten Säule.» Eichenberger sieht neben dem finanziellen Aspekt noch weitere Vorteile: «Die Anreize der Studierenden nehmen zu, ihre Studienwahl an den tatsächlichen Nutzen und Kosten ihres Studiums auszurichten und möglichst effektiv zu studieren.» Gleichzeitig werde der Wettbewerb und so die Effizienz im Bildungsbereich gestärkt und die völlig ungleiche Subventionierung der verschiedenen Bildungswege und Studienrichtungen abgebaut.

Das tönt verlockend. Doch wer soll das individuelle Bildungskapital von 40 000 bis 70 000 Franken für jeden Volljährigen in der Schweiz finanzieren? «Wir schlagen vor, dass die Finanzierung nicht aus allgemeinen Steuermitteln erfolgt, sondern durch eine neu zu gründende schweizerische Bildungsgenossenschaft», so Eichenberger. Mitglieder dieser Genossenschaft wären alle Schweizer Bürger und länger in der Schweiz lebende Ausländer.

Unkonventionelle Finanzierung

Diese Genossenschaft würde Eigentümerin der bisher in der Schweiz angesparten staatlichen Vermögenswerte und -ansprüche zum Beispiel von Swisscom, Post, überschüssigen Reserven der Nationalbank, von für die Tätigkeit unse-



Ein Baby greift nach einem Buchstaben-Mobile. Der lebenslange Lernerifer soll mit einem Bildungskapital gefördert werden.

Getty

res Staates unnötigem Boden- und Immobilienbesitz sowie der gigantischen Suva-Reserven von rund 42 Milliarden Franken. «Ihre Erträge kann die Genossenschaft ihren Mitgliedern unter anderem in Form des Bildungskapitals ausschütten», schlägt Eichenberger vor.

Er ist sich bewusst, dass der Umbau des Bildungswesens die Ausbildungen auch für Ausländer verteuern würde. «Weil aber gute ausländische Studierende stark zur Qualitätssteigerung der Ausbildungsgänge beitragen, sollten sie aus den allgemeinen staatlichen Mitteln entsprechend ihrer Leistung unterstützt werden», sagt der Wirtschaftsprofessor. Und um zu verhindern, dass das Bildungskapital einen Anreiz zu kurzfristiger Zuwanderung setzt, hat Eichenberger folgenden Vorschlag: «Jedem in der Schweiz lebenden Kind wird jährlich ein Teil des Bildungskapitals gutgeschrieben, sodass bei Volljährigkeit das volle Kapital verfügbar ist.»

Lebenslange Bildung nötig

Auslöser für die Idee eines Bildungskapitals war für Eichenberger die wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz in Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit. Vor dieser waren die Arbeitskräfte knapp und die Löhne hoch.

Mit der Personenfreizügigkeit lässt die Zuwanderung das Arbeitskräfteangebot wachsen. Das setzt die Löhne unter Druck, hilft aber den Firmen, ihre Lohnkosten zu senken und vakante Stellen zu besetzen. Das macht laut Eichenberger die Schweiz für Investitionen attraktiver, zieht neue Unternehmen an und schafft Arbeitsplätze. Nur: «Das neutralisiert den Lohndruck, bringt aber auch wieder ähnlich viele vakante Stellen wie zuvor, was wiederum neue Zuwanderung anzieht», folgert Eichenberger. Das Ergebnis ist klar: Kurzfristig lässt die Personenfreizügigkeit die Gesamtwirtschaft und die Bevölkerung schneller wachsen, beeinflusst aber das Pro-Kopf-Einkommen kaum. «Allerdings», so Eichenberger, «werden durch das Bevölkerungswachstum Wohn- und Geschäftsräumlichkeiten, der Boden und die Infrastruktur knapp. Und längerfristig steigen die Lebenshaltungskosten, wodurch sich die realen Einkommen jenen in der EU stark annähern.»

Für Eichenberger steht fest, dass das reale Einkommen der inländischen Bevölkerung viel weniger als früher von der Schweizer Wirtschaftspolitik abhängt. «Entscheidend sind künftig praktisch nur noch die individuellen Fähigkeiten und damit die Ausbildung jedes

Einzelnen.» Als wirksam erachtet er deshalb die direkte Förderung der Auszubildenden. «Das trägt auch dem Umstand Rechnung, dass die Bildung inzwischen viel stärker über das ganze Leben verteilt ist und sich nicht ausschliesslich auf die Vorerwerbsphase beschränkt.»

Seco reagiert begeistert

Beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) fällt die Idee auf fruchtbaren Boden. «Solche Vorschläge sind absolut prüfenswert», sagt Eric Scheidegger, Leiter der Direktion Wirtschaftspolitik. «Als rohstoffarmes Land wird die Schweiz auch in Zukunft vor allem auf die Ressource Brain setzen müssen.» Dazu brauche es nicht einfach mehr Steuergelder. Wichtiger ist für ihn, die schon heute reichlich fliessenden öffentlichen Mittel möglichst wirkungsvoll

«Entscheidend sind künftig nur noch die individuellen Fähigkeiten und damit die Ausbildung des Einzelnen.»

REINER EICHENBERGER,
WIRTSCHAFTSPROFESSOR

einzusetzen. «Vorschläge wie diejenigen von Professor Eichenberger oder von Avenir Suisse zielen darauf ab, dass sich die Jugendlichen und die Weiterbildenden aufgrund ihres eigenen Bildungskapitals sehr gut überlegen werden, wie sie es einsetzen und welche berufliche Ausbildung die besten Chancen auf dem Arbeitsmarkt bietet.» Laut Scheidegger müsste man sich auch Gedanken darüber machen, wie private Bildungsinstitutionen in ein solch neues System eingebunden werden könnten.

Politiker sind skeptisch

Weniger positiv fällt die Reaktion bei Politikern aus. «Statt die heutigen Strukturen zu nutzen, wird ein neuer bürokratischer Apparat aufgebaut», kritisiert SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr: «Man kann nicht einfach andere Unternehmen wie die Suva oder die Post dazu verknurren, ihre Gewinne oder ihr Eigenkapital für eine solche Stiftung zur Verfügung zu stellen.» Ins gleiche Horn stösst FDP-Präsident Philipp Müller: «Die Eigenverantwortung für bildungspolitisches und berufliches Fortkommen würde den Bäch runtergehen, dafür müsste staatliches Tafelsilber für die Finanzierung erhalten.» Für ihn ist klar: «Die stillen Reserven sind für Notfälle da, und ein solcher liegt nicht vor.»

Das sieht Eichenberger anders: «Die Lebenschancen der Schweizer werden durch die Personenfreizügigkeit grundlegend verändert. Nur noch eine neue Bildungspolitik kann sie verbessern.» Es gehe darum, dass die Gewinne aus der Personenfreizügigkeit zu Gunsten der bisherigen Einwohner der Schweiz umverteilt würden und den Schweizern eine gute Zukunft trotz oder mit Personenfreizügigkeit gesichert werden könne.